

Solidarität gegen das Virus?

Solidarität gegen das Kapital und die schwarzbraune Reaktion!

Wenn uns eine bürgerliche Regierung zur Solidarität aufruft, dann ist Mißtrauen geboten – heute wie vor 100 Jahren.

Heute hat die Regierung anfangs sehr zögerlich auf die Ausbreitung des Corona-Virus reagiert, um „die Wirtschaft“ nicht zu gefährden.

Wirksame Mittel, wie ausreichend Tests, Schutzkleidung und Schutzmasken sind nicht vorhanden. Stattdessen – Versammlungsverbot.

Ginge es nach der Bertelsmann-Stiftung, nach ihren Forderungen vom letzten Jahr, dann gäbe es nur halb so viele Kliniken und weitaus größeren Personalmangel, so wie es von der Berliner Regierung und der EU in Italien erzwungen wurde.

Vor 100 Jahren rief auch eine Regierung zur Solidarität – sie war gerade von einer Gruppe Militaristen und Monarchisten aus ihren Amtssitzen vertrieben worden, die gewaltsam eine neue Regierung unter einem gewissen Kapp installieren wollten.

Auch die Teile des Militärs, die bei diesem Putsch nicht mitmachten, waren nicht bereit, der legalen Regierung zu helfen („Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“).

Das einzige, was half, war der Aufruf zum Generalstreik, der von 12 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten befolgt wurde. Nach nicht einmal vier Tagen mußte der Mächtigen-Regierungschef Kapp ins Ausland fliehen, kurz darauf sein Kompagnon General Lüttwitz.

Die Arbeiter taten das nicht, um Ebert, Scheidemann und Noske wieder in den Sattel zu heben.

Mit dem Putsch von Kapp und Lüttwitz deutete sich an, was sich 13 Jahr später in furchtbarer Weise bestätigte: Auf eine halbe Revolution folgt eine ganze Konterrevolution.

Es gibt Zeiten, wo in wenigen Monaten soviel geschieht, wie sonst in Jahrzehnten. Die Zeit seit dem November 1918 war so eine.

Beginnend mit dem Kieler Matrosenaufstand waren vor allem Arbeiter und Soldaten im Ganzen Land aufgestanden und hatten den bis dahin schlimmsten Krieg der Geschichte in wenigen Tagen beendet und den Kaiser davongejagt.

Die Führung der SPD („Ich hasse die Revolution wie die Sünde“) versuchte alles, um die revolutionäre Bewegung zu stoppen.

Gustav Noske („Einer muß den Bluthund machen“) stützte sich als Reichswehrminister auf die alten Militaristen des Kaiserreichs. Wo sie nicht mehr als Reichswehr operieren konnten, organisierten sie sich als Freikorps.

Noske und diese in 4 Jahren Krieg noch skrupelloser gewordene Bande provozierten im Jahr 1919 zahlreiche Kämpfe, um die Arbeiter dann blutig niederzuschlagen.

Es begann mit den Berliner Januarkämpfen (dem sogenannten Spartakusaufstand), ging weiter im März, und die Räterepubliken in Bremen und München wurden niedergeschlagen.

Viele tausend Revolutionäre wurden ermordet, darunter Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und Eugen Levinè.

Besonders „bewährt“ in diesen Schlächtereien hatten sich Hauptmann Pabst (der im Einverständnis mit Noske die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht organisiert hatte) und die „Marinebrigade Ehrhardt“ („Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band...“).



*Schaubild 1: Marinebrigade Ehrhardt während des Kapp-Putsches in Berlin
Von Bundesarchiv, Bild 183-R16976 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5436367>*

Die Regierung (gebildet aus SPD und bürgerlichen Parteien) glaubte nun, fest im Sattel zu sitzen, schließlich hatte sie alle Forderungen dieser Arbeitermörder erfüllt, die dafür ein paar linke Sprüche („Die Sozialisierung marschiert“) gerne tolerierten und ein paar reale Verbesserungen (8-Stunden-Tag, Frauen-Wahlrecht, Koalitionsrecht der Arbeiter) zähneknirschend hinnahmen.

Zuletzt hatte diese Regierung im Januar 1920 mit dem Betriebsrätegesetz begonnen, den Arbeitern ihre durch die Revolution errungenen Rechte wieder zu nehmen.

Als aber die Siegermächte die im Versailler Vertrag vereinbarte Reduzierung der Armee von fast 1 Million auf 100000, die Auflösung der Marinebrigaden und die Auslieferung von Kriegsverbrechern einforderten, wurde es denen zu viel.

Sie wollten die Regierung stürzen. Um aber selbst nicht zu viel zu riskieren, stellten sie den ostpreußischen „Generallandschaftsdirektor“ (und Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank) Wolfgang Kapp als Strohmann an ihre Spitze, damit sich das ganze nicht zu deutlich als das zeigte, was es war, ein Versuch einer Militärdiktatur.

Diese Mordbanden standen nicht allein, sie hatten wichtige Teile des Großkapitals, vor allem der Kohle- und Stahlindustrie, hinter sich.

Es genügte der Einmarsch der Brigade Ehrhardt in Berlin – und die Weigerung der Reichswehroffiziere, die Regierung zu verteidigen („Truppe schießt nicht auf Truppe“), um diese zu vertreiben. Ebert, Noske u.a. flohen nach Dresden und von dort weiter nach Stuttgart. Erst dort fanden sie ein paar halbwegs loyale Offiziere, die sie wenigstens nicht gleich verhafteten (aber nur, weil sie leugneten, zum Generalstreik aufgerufen zu haben).



*Schaubild 2: Putschende Soldaten vor dem abgeriegelten Regierungsviertel.
Bundesarchiv_Bild_183-J0305-0600-003,_Berlin,_Kapp-Putsch,_Putschisten.jpg*

Aber die Arbeiter, denen die Putschisten alles nehmen wollten, was sie durch die halbe Revolution erreicht hatten, konnten und wollten nicht fliehen.

Am Samstag, dem 13. März fand der Putsch statt, ab Montag, dem 15. März standen 12 Millionen Arbeiter im Generalstreik. Es war, wie man das heute nennt, ein allgemeiner „Shutdown“, aber

nicht angeordnet von oben, sondern von den Arbeitern und ihren Organisationen selbst durchgeführt.



Schaubild 3: Aufruf zum Generalstreik

Alle drei Arbeiterparteien, SPD, USPD und KPD, und die Gewerkschaften riefen dazu auf. Die Arbeiter legten nicht nur die Arbeit nieder, sie organisierten auch Streikleitungen und Vollzugsräte, um die Konterrevolution zu bekämpfen und zugleich die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Es war also in dieser Hinsicht das genaue Gegenteil der heutigen Situation: Nicht die Regierung oder die Putschisten konnten ihre Diktatur errichten, sondern in vielen Gebieten übernahmen die Arbeiter die Kontrolle.

„Wo ihrer drei beisammen stehn,
Da soll man auseinandergehn“ (Heinrich Heine)ⁱ

Das hätten sie damals gerne verfügt (man denke an die Bilder: Soldaten mit Hakenkreuz auf dem Stahlhelm und mit dem Schild: „Halt! Wer weitergeht, wird erschossen.“), und das verfügen sie heute.

Aber der Generalstreik zeigte den Herrschenden, dass ihre Macht nichts ist, wenn wir nicht für sie arbeiten. Strom-, Wasserversorgung, Telefon, öffentlicher Verkehr – alles stand still. Die Putschisten

konnten mit brutaler Gewalt Streikposten niedermetzeln und ein E-Werk wieder in Betrieb setzen, aber sie konnten das nicht überall tun.

Aber viele wussten auch, dass es nicht genügt, die Arbeit niederzulegen, um die Konterrevolution zu besiegen. Im ganzen Land gab es Reichswehrtruppen, Freikorps und reaktionäre Bürgerwehren, die mit dem Putsch sympathisierten. Ihre Bekämpfung war nur mit den Machtmitteln möglich, die die Arbeiter selbst organisierten. In vielen Gebieten bewaffneten sich die Arbeiter (zunächst mit den wenigen Waffen, die sich aus den Zeiten der Revolution noch versteckt hatten) und entwaffneten die Konterrevolution. Das geschah in Sachsen und Thüringen, aber auch in Mecklenburg, aber ganz besonders im Ruhrgebiet.



Schaubild 4: Gustav von Kahr
1920

In Bayern, wo nach der Niederschlagung der Räterepublik und dem folgenden weißen Terror Friedhofsruhe herrschte, kam es sozusagen zu einer legalen Variante des Kapp-Putsches. Am 16. März 1920 wurde nach einem Ultimatum des Militärs der Monarchist und Antisemit Gustav Ritter von Kahr Ministerpräsident anstelle des Sozialdemokraten Johannes Hoffmann. Gestützt auf die reaktionären Einwohnerwehren ließ er die verbliebenen Reste der Arbeiter- und Soldatenräte auflösen und begründete den Ruf Bayerns als reaktionäre „Ordnungszelle“ im Staat. Diese „Ordnungszelle“ bewährte sich als sicheres Rückzugsgebiet der gescheiterten Putschisten und ermöglichte den Aufstieg eines gewissen Adolf Hitler (das rettete von Kahr freilich nicht vor seiner späteren Ermordung im KZ Dachau). Wenn später F.J. Strauß davon sprach, dass aus den bayrischen Bergen die Rettung kommen werde gegen die Verflachung der Politik, und wenn heute Markus Söder vorprescht als besonders feuriger „Krisenmanager“, dann sind das offene Rückgriffe auf die 1920 entstandene Parole von der „Ordnungszelle Bayern“.

Im Ruhrgebiet war nach Kriegsende unter General von Watter das „Freikorps Lichtschlag“ gebildet worden, das sich bereits Anfang 1919 durch brutales Vorgehen gegen streikende Arbeiter den Namen „Freikorps Totschlag“ redlich verdiente. Selbstverständlich stand diese Truppe auf der Seite der Putschisten.

Unter den Arbeitern des Ruhrgebiets gab es viele politische Richtungen, es gab Sozialdemokraten, unabhängige Sozialdemokraten, Kommunisten und Anarcho-Syndikalisten, aber auch viele christlich geprägte. In dieser Situation aber handelten sie schnell und einheitlich. In kürzester Zeit wurden Vollzugsräte gebildet und eine gut organisierte Rote Ruhrarmee mit 50- bis 100-tausend Kämpfern gebildet, die das „Freikorps Totschlag“ besiegte und fast das gesamte Ruhrgebiet von konterrevolutionären Truppen befreite.

Am 17. März wurde die Hauptmacht des Freikorps in Dortmund nach einem mehrstündigen Gefecht geschlagen. Die bewaffneten Arbeiter erbeuteten die Geschütze, nahmen 600 Freikorpsangehörige gefangen und besetzten [Dortmund](#).

*Am 20. März 1920 bildete sich in [Essen](#) der Zentralrat der [Arbeiterräte](#), die in Teilen des Ruhrgebiets die Macht übernahmen. Auch in [Hagen](#) gab es eine Zentrale.
(wikipedia)*



Schaubild 5: Bewaffnete Arbeiter der Roten Ruhrarmee in Dortmund

Schon am 17. März gab Kapp auf und floh nach Schweden, sein Kompagnon General von Lüttwitz versuchte sich als Militärdiktator, musste aber am selben Tag ebenfalls aufgeben und floh ins Ausland.

Gestützt auf die Brigade Ehrhardt, die zusammen mit der Sicherheitspolizei gewaltsam gegen die Streikenden vorging, bestand die Putschregierung trotzdem noch eine Zeitlang weiter. Es gab da quasi einen fließenden Übergang: Die von den Arbeitern gerettete Regierung sah sofort die kämpfenden Arbeiter als die eigentliche Gefahr und setzte wieder auf Reichswehr und Freikorps, um sie zu unterdrücken.

Aber wie ging es weiter?

Donnerstag, 18. März 1920

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und der Deutsche Beamtenbund geben ein gemeinsames Neun-Punkte-Programm heraus. Bestrafung der Täter, Entfernung von Beamten, die den

Putsch unterstützt haben und die Sozialisierung der Energiewirtschaft sind die zentralen Forderungen. Gleichzeitig wird in einem Flugblatt zur Fortsetzung des Generalstreiks aufgerufen.

Neunpunkteprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes Berlin, 18. März 1920. DZA [Merseburg](#), Rep. 90a Abt. D Tit. I I Nr. 29 Bd. I, Bl. 135. Ohne Unterschrift. Abschr.

- 1. Entscheidender Einfluß der genannten Arbeitnehmersverbände auf die Umgestaltung der Regierungen im Reich und in den Ländern sowie auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung.*
- 2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch beteiligten Truppen und Bestrafung aller Personen, die am Sturz der legalen Regierung beteiligt waren oder sich als Beamte des Reichs, der Länder oder Gemeinden ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.*
- 3. Sofortiger Rücktritt des Reichsministers Noske sowie der preußischen Minister Oeser und Heine .*
- 4. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von allen reaktionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und deren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten gemäßregelten Organisationsvertreter.*
- 5. Schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter Zuziehung und Mitbestimmung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.*
- 6. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.*
- 7. Sofortige Sozialisierung des Bergbaus und der Kraftgewinnung, Übernahme des Kohlen- und Kalisyndikats durch das Reich*

Neunpunkteprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes Berlin, 18. März 1920. DZA [Merseburg](#), Rep. 90a Abt. D Tit. I I Nr. 29 Bd. I, Bl. 135. Ohne Unterschrift. Abschr. – Punkt acht und neun fehlen in der Quelle – in [Arbeitereinheit rettet die Republik](#) (1970)

Die KPD unterstützte den in diesen Neun Punkten formulierten Gedanken, eine Arbeiterregierung zu bilden.

Die KPD zur Bildung einer Arbeiterregierung

| Dienstag, 23. März 1920

Der Militärputsch der Kapp-Lüttwitz bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zwecke, die politische Macht der Arbeiterschaft zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.

2.) Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und setzt voraus eine starke Kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennt.

3.) Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die USPD die städtische Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind.

4.) Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politischen Freiheiten unbegrenzt ausgenützt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.

5.) Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter loyaler Opposition verstehen wir: keine Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen.“

Stellungnahme der Zentrale der KPD zur Bildung einer Arbeiterregierung [Berlin](#), 23. März 1920. [Die Rote Fahne](#) v. 26. März 1920. Erklärung. Unterzeichnet: Zentrale der KPD ([Spartakusbund](#)) –

Am Tag, als diese Erklärung beschlossen wurde, wurde aber der Generalstreik beendet und die Arbeit wieder aufgenommen. Die Regierung hatte die Gewerkschaftsforderungen in abgeschwächter Form akzeptiert, realisiert wurde aber nur ein einziger Punkt, nämlich der Rücktritt von Noske. Der Bluthund hatte sich auch bei den Mitgliedern der SPD so verhasst gemacht (im Gegensatz zu den Putschisten – sie hätten Noske gern als Partner akzeptiert), dass er nicht mehr zu halten war.

Die kämpfenden Arbeiter im Ruhrgebiet waren jetzt vom Rest des Landes isoliert. Am 24. März schlossen ihre Vertreter mit Vertretern das folgende Bielefelder Abkommen.

Jeder sollte sich das genau durchlesen und ernsthaft überlegen, wie er sich in dieser Situation verhalten hätte:

Bielefelder Abkommen

Mittwoch, 24. März 1920

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:

- 1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.*
- 2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.
Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlags gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgten. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.*
- 3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und Ersatz durch zuverlässige Kräfte.*

Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßregelten Organisationsvertreter.

- 4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.*
- 5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale, wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.*
- 6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.*
- 7. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei der Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treu gebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet. Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach Ansicht der Kommission die Korps Lützow , Lichtschlag und Schulz .*
- 8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.*
- 9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs-oder Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb (von) 10 Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschaft und den Mchrheitsparteien gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.*
- 10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.*

11. *Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.*
12. *Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgeräts an die Gemeindebehörden.*
13. *Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.*
14. *Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarung wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos VI und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichsministeriums handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen militärisch-politischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.*
15. *Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgesetzte Regelung erfolgt ist.*
16. *Herr Reichspostminister Giesberts wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten dem Reichskabinett vortragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.*
17. *Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile oder Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.*

Giesberts (Reichspostminister) , Severing , Thielemann , Heinr. Meyer , F. Klupsch , E. Sasse , Cuno , Stens , Imbusch , Kloft , Hamm , Dr. Jarres , Max Herbrig , Paul Oettinghaus , O. Brass , W. Enz , Fritz Charpentier , O. Triebel , Mehlich (Protokollführer).

Vereinbarungen über den Abbruch der Kämpfe Im Ruhrgebiet, beschlossen am 24. März 1920 In Bielefeld (Bielefelder Abkommen) — IML, ZPA, D. F. VI/13/1, Flugblatt. — „Verhandelt Bielefeld, den 24. März 1920. —

Das klingt, als hätten die kämpfenden Arbeiter wirklich etwas erreicht. Der Haken war nur: Wenn sie den Kampf beendeten und die Waffen abgaben, wer sollte dafür sorgen, dass das auch umgesetzt wurde?

Auch zwei Vertreter der KPD unterzeichneten das Abkommen. Sie hatten dazu allerdings keinen Auftrag und wurden deshalb von ihrer Partei zur Rechenschaft gezogen.

Wie der rechte SPD-Führer Carl Severing später offen bekannte, diente dieses Abkommen vor allem der Spaltung.

Man wollte erreichen, dass ein Teil der Arbeiter den Kampf einstellte und die Waffen abgab – und genau das geschah.

Das hieß aber eben nicht, dass die bewaffnete Reaktion friedlich blieb. Die Reichswehr, die das Abkommen nicht unterzeichnet hatte und sich nicht daran gebunden sah, nutzte die Gelegenheit, wegen angeblicher Verstöße gegen den Waffenstillstand ins Ruhrgebiet nicht nur einzumarschieren, sondern dort ein Blutbad anzurichten.

Die Arbeiter hatten die Republik gerettet. Gedankt wurde es ihnen nicht.

Für die Reaktion war der ganze Putsch mehr ein Versuchsballon gewesen. Nur einige große Kapitalisten waren für den Putsch, der größere Teil konnte zu dieser Zeit gut mit der Republik leben. Vor allem die Chemie- und Elektrokonzerne schwenkten erst kurz vor 1933 auf den Kurs um, die Nazis an die Macht zu hieven und die Republik zu beseitigen.

Große Teile der Reichswehr-Führung weigerten sich zwar, die Putschisten zu bekämpfen, hielten sich aber vornehm im Hintergrund, als diese in Schwierigkeiten kamen.

Ein militaristisch-monarchistischer Putsch „von oben“ zur Wiederherstellung des alten, von der Revolution vertriebenen Regimes, das lernten sie, hat keine Aussichten auf Erfolg, vor allem deshalb nicht, weil es ja nicht nur darum ging, das „eigene“ Volk niederzuhalten, sondern vor allem darum, den nächsten imperialistischen Krieg um die Neuaufteilung der Welt vorzubereiten. Sie brauchten den Anschein, etwas „Neues“ zu schaffen, um dadurch Massen hinter sich zu bringen, und andererseits die Zementierung der Spaltung der Arbeiterbewegung, um zu verhindern, dass es jemals wieder zu so einem geschlossenen Widerstand käme, wie sie ihn im März 1920 erlebten.

Das gelang ihnen 1933.

Was lernen wir?

- mit einer halben Revolution darf man sich nicht zufrieden geben, denn darauf folgt eine ganze Konterrevolution.

- Vorsicht mit gut klingenden Zugeständnissen, wenn es keine reale Macht gibt, sie durchzusetzen

- erreichte reale Machtmittel, die die Arbeiter in dieser Situation durchaus hatten, darf man nicht leichtfertig aufgeben

- die Einheit der Arbeiterklasse ist eine ungeheure Macht, aber diese Einheit wird nicht durch Zugeständnisse an den rechten Flügel erreicht, sondern durch klare und offene Auseinandersetzung über die verschiedenen Positionen und durch den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

In diesem Jahr hatten wir es schon einmal mit einem (parlamentarischen) Putschversuch zu tun. Auch der war ein Versuchsballon, der mit dem Rücktritt von Herrn Kemmerich und der erneuten Wahl von Bodo Ramelow keineswegs erledigt ist.

In diesen Wochen der Corona-Pandemie haben wir es zwar nicht mit einem Putsch zu tun, Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind notwendig.

Aber es ist auch offensichtlich, dass eine Situation, auf die das der Privatisierung unterliegende Gesundheitswesen trotz seit 20 Jahren ausgesprochener Warnungen nicht vorbereitet war, genutzt wird, um die Demokratie flächendeckend auszuhebeln.

Nicht umsonst ist Bayern mal wieder die „Ordnungszelle“.

Und wenn der DGB in vorseilendem Gehorsam den 1.Mai absagt, macht er sich mal wieder zum Erfüllungsgehilfen der Herrschenden. Der 1.Mai, der Kampftag der Arbeiterklasse, kann sicher nicht in der gewohnten Form der vergangenen Jahre stattfinden. Aber dieser Kampftag ist notwendiger denn je!

Wir müssen ihn verteidigen. Und zu diesem Zweck müssen wir auch die Erfahrungen der Vergangenheit genau studieren.

März 2020, Michael Seiler

Empfohlenes Video zum Kapp-Pusch: <https://youtu.be/NSpzZauCu6A>

Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Heinrich Heine (1797-1856)

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen.

»Ausländer, Fremde, sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

Auch Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammenstehn,
Da soll man auseinandergehn.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

Es liefre seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildenhause;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße räsoniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonieren durch Gebärden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.«
